

»Wer der Aggressor ist, ist eindeutig«

Friedensbewegung hält an Ostermärschen fest. Protest gegen NATO und Eskalation gegenüber Russland und China. **Gespräch mit Willi van Ooyen**

Anlässlich der bundesweit geplanten Ostermärsche unter dem Motto »Abrüsten statt aufrüsten: gab es Unruhe in der Friedensbewegung, sie könnten pandemiebedingt nicht stattfinden. Ist das so?

Es gibt diese Debatten. 2020 gab es Verbotsverfügungen für solche Aktionen der Friedensbewegung, die das Verwaltungsgericht in Frankfurt am Main aber für nichtig erklärte. Im November hätten wir den Ostermarsch also nachholen können. Wir gehen insofern auch jetzt davon aus, dass wir unseren Protest mit dem unter Coronabedingungen notwendigen Schutz auf die Straße bringen können. Die Friedensbewegung wird dies im solidarischen Umgang miteinander regeln. Die in der vergangenen Woche von Kanzlerin Angela Merkel, CDU, öffentlich untersagen »Ansammlungen im öffentlichen Raum« sind für uns kein relevantes Hindernis.



Willi van Ooyen ist Friedensaktivist und Organisator der Ostermärsche seit 1980

sche steht in vielen Städten die Forderung nach der Abkehr von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO-Kriegsallianz. Wie ist das durchzusetzen?

Wir gehen davon aus, dass es im Bundestagswahlkampf eine große Rolle spielen wird, dass diese Gelder sinnvoll ausgegeben und nicht in Kriegsvorbereitungen investiert werden. Wir haben einen Konsens innerhalb der Friedensbewegung und mit den Gewerkschaften Verdi und IG Metall sowie dem DGB. Unser Bündnis wird Druck entwickeln. Wir arbeiten daran, dass jede militärische Eskalation mit einer neuen Formierung im Bundestag und anderen Mehrheiten obsolus wird.

Welche Rolle spielt Corona für die Rüstungsspirale? Das erste Konjunkturpaket des Finanzministers Olaf Scholz, SPD, regelt »neue Rüstungsprojekte mit hohem deutschen Wertschöpfungsanteil« in den Jahren 2020 und 2021. Projektvolumen: 10 Milliarden Euro.

Da die Bundesregierung eine aggressive Politik betreibt, ist logisch, dass sie auch die Mittel dafür bereitstellt. Das muss sich zwingend ändern. Wir brauchen diese Mittel für ein besseres Gesundheitswesen und zur Erreichung der Klimaziele.

Viele Organisationen rufen zu Protesten auf, die Gewerkschaften, Greenpeace, die Naturfreunde. Weshalb sind die jungen Bewegungen wie »Fridays for Future« oder »Ende Gelände« nicht dabei?

Auch wenn sie andere Schwerpunkte setzen, gehen wir doch davon aus, dass sie bei den Ostermärschen mitmachen. Teil unserer Mobilisierung im Rhein-Main-Gebiet ist »Rheinmetall entwaffnen«. Die dort organisierten Aktivistinnen berichten, dass jetzt, ein Jahr nach ihrer erfolgreichen Besetzung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, kurz BAFA, in Eschborn am 4. Februar erste Straßblockaden wegen Hausfriedensbruchs, Nötigung und Widerstands gegen Polizeibeamte eingehen. Offenbar war man dort sehr verärgert, an dem Tag nicht arbeiten zu können. In diesem Jahr wird vor der Ostermarschkundgebung eine Radtour vom BAFA aus organisiert, aus Protest gegen diese Schreibtschützer, die die Waffenexporte organisieren.

Interview: Gitta Düperthal
■ friedenskooperative.de



Feuer in Raffinerie. Bei einem Großbrand in einer Raffinerie in Indonesien sind am Montag mindestens 20 Menschen verletzt worden. Der Brand sei kurz nach Mitternacht von einer Explosion in der Anlage in Indramayu in der Provinz Westjava ausgelöst worden, teilten die Behörden mit. Rund 1.000 Menschen, die in der Nähe der Raffinerie lebten, mussten in Sicherheit gebracht werden. Nach ersten ungesicherten Erkenntnissen der Feuerwehr hatte möglicherweise ein Blitzschlag das Feuer ausgelöst. (dpa/W)

Kämpfe in Mosambik eskalieren

Tausende nach Angriff von Dschihadisten auf Palma auf der Flucht

Nach einem großangelegten Angriff von Dschihadisten auf die Küstenstadt Palma in der nordöstlichen Provinz Cabo Delgado in Mosambik sind Tausende Menschen in die Provinzhauptstadt Pemba geflüchtet. Bis zu 10.000 Menschen warteten noch darauf, in Sicherheit gebracht zu werden, hieß es am Montag aus Kreisen internationaler Hilfsorganisationen.

Dschihadisten hatten am vergangenen Mittwoch das in der Grenzregion zu Tansania gelegene Palma überfallen. Nach zehntägigen Gefechten übernahmen sie am Freitagabend die Kontrolle über die 75.000-Einwohner-Stadt. Regierungssprecher Omar Saranga sagte am Sonntag, die »Terroristen« hätten »Dutzende hilflose Menschen freige ermorde«t. In den vergangenen drei Tagen hätten Einsatz-

kräfte der Regierung sich um die Rettung von Hunderten Zivilisten bemüht, sagte der Regierungssprecher.

Am Montag bekannte sich die Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS) zu der Attacke. In einem Schreiben heißt es: »Kämpfer des IS haben die Kontrolle über die strategisch wichtige Stadt Palma übernommen und mehr als 55 mosambikanische Sicherheitskräfte getötet.« Eine unabhängige Bestätigung dafür gab es zunächst nicht. Die Regierung in Maputo erklärte, es werde weiter versucht, die Stadt zurückzuerobern.

Nach Angaben von Flughafenmitarbeitern in Pemba wurden humanitäre Hilfsflüge ausgesetzt, um Platz für Militäraktionen zu machen. Geplant war auch ein Dringlichkeitstreffen von UN-Vertretern in Pemba, um die Evakuierung sowie die humanitäre Hilfe für

die neu ankommenden Flüchtlinge zu koordinieren. In Pemba leben bereits Hunderttausende Binnenvertriebene, die vor der Gewalt in der Provinz Cabo Delgado geflüchtet sind. Das Verteidigungsministerium von Mosambik erklärte am späten Sonntagabend, die Einsatzkräfte hätten ihre »Einsatzstrategie« verstärkt, um die kriminellen Angriffe von Terroristen einzudämmen und die Normalität in Palma wiederherzustellen.

Palma liegt in der Provinz Cabo Delgado, die Mehrheit seiner 2,3 Millionen Einwohner sind Muslime. Seit drei Jahren kommt es dort immer wieder zu Angriffen radikalisierter Milizen. Dabei wurden nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen mindestens 2.600 Menschen getötet und 670.000 in die Flucht getrieben. (dpa/AF/WW)

NACHRICHTEN

Kabul: Kundgebung für breiten Friedensprozess

Kabul. In Afghanistan haben Hunderte Aktivistinnen und Aktivisten bei einer Kundgebung gefordert, die gesamte Gesellschaft in die Friedensgespräche einzubeziehen. »Unsere Stimmen müssen gehört und miteinbezogen werden«, hieß es in einer Erklärung, die nach Angaben der Veranstalter mehr als 1.300 Teilnehmer am Montag in der Hauptstadt Kabul unterzeichneten. Die Aktivisten forderten die Regierung, die Taliban und die »internationale Gemeinschaft« demnach dazu auf, alle Teile der Gesellschaft am Friedensprozess zu beteiligen. Sie forderten zudem den Abzug der internationalen Truppen aus dem Land. (dpa/W)

beschäftigen. Wie am Montag aus Kreisen des mächtigsten UN-Gremiums verlautete, habe Großbritannien wegen einer entsprechenden Sitzung hinter verschlossenen Türen für Mittwoch angefragt. Nach einem früheren Treffen hatte der Rat die Gewalt in dem Land bereits verurteilt. In Myanmar waren am Wochenende bei landesweiten Protesten gegen die Militärjunta mehr als 100 Menschen getötet worden. (dpa/W)

Beamtenbund: 330.000 Stellen unbesetzt

Berlin. Bei Bund, Ländern und Kommunen klappt nach Einschätzung des Beamtenbundes DBB eine Personaldecke von fast 330.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. »Der Bedarf wächst seit Jahren um rund zehn Prozent jährlich«, sagte der DBB-Vorsitzende Ulrich Silberbach der Nachrichtenagentur dpa laut Meldung vom Montag. Allein 145.000 Beschäftigte fehlten in den Kommunen, hier schwerpunktmäßig dem Kitas. 45.000 fehlende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien es

in der Kranken- und Altenpflege. »Ohne die pflegenden Angehörigen würde die Altenpflege in Deutschland zusammenbrechen«, sagte der DBB-Chef. In diesem Bereich sei Kinderarbeit leider an der Tagesordnung. (dpa/W)

Ministerin verteidigt Greensill-Anlagen

Erfurt. Thüringens Finanzministerin Heike Taubert (SPD) hat die Geldanlagen des Freistaates bei der mittlerweile insolventen Greensill-Bank am Montag im Landtag verteidigt. »Wir sind gesetzlich verpflichtet, Gelder anzulegen, sofern diese nicht unmittelbar für Ausgaben benötigt werden«, sagte Taubert in einer Sondersitzung des Parlaments zur Greensill-Pleite (siehe jW vom 5.3.). Sie erklärte, dass man in den vergangenen fünf Jahren einen »wirtschaftlichen Vorteil für den Freistaat Thüringen erzielt« habe, der über 50 Millionen Euro liege. Taubert sehe eine »realistische Chance, einen erheblichen Betrag« wieder zurückzubekommen. (dpa/W)

UN-Sicherheitsrat berät zu Myanmar

New York. Angesichts des Vorgehens des Militärs in Myanmar gegen die landesweiten Proteste wird sich der UN-Sicherheitsrat erneut mit dem Thema